

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Feiertage

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklameteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

**Auf Sammelanzeigen**  
kommen 50% Zuschlag

**Für Platzvorschriften**  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

**Gerichtsland**  
für beide Teile ist Calw



**Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw**

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 35 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 35 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

**Schluss der Anzeigen-**  
**annahme 8 Uhr vormittags**

**In Fällen höherer Gewalt**  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

**Fernsprecher Nr. 9**

**Verantwortl. Schriftleitung:**  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 115

Freitag, den 20. Mai 1932

Jahrgang 105

## Keine Reform der Arbeitslosenversicherung

### Das Reichskabinett zieht Einschränkung der Versicherungsleistungen vor Ende nächster Woche Abschluß der Haushaltsberatungen

Ul. Berlin, 20. Mai. Das Reichskabinett setzte am Donnerstag nachmittag seine Beratungen über die Finanz-, Wirtschafts- und sozialen Fragen weiter fort. Die Beratungen wurden nach kurzer Zeit abgebrochen, um heute abend um 9 Uhr fortgesetzt zu werden. In unterrichteten Kreisen rechnet man nunmehr damit, daß die Gesamtergebnisse des Reichskabinetts Mitte bis Ende der nächsten Woche abgeschlossen sind, da nach der Vereinbarung der mit den sozialen Haushalten zusammenhängenden Fragen die Klärung der weiteren Fragen des Reichshaushalts und der Arbeitsbeschaffung verhältnismäßig schnell vorstatten gehen dürften.

Es dürfte nunmehr feststehen, daß eine Vereinheitlichung der Arbeitslosenfürsorge nicht erfolgt. Es dürfte lediglich eine gewisse Angleichung der Krisenfürsorge an die Arbeitslosenversicherung erfolgen, und zwar dürfte sich bei beiden die Notwendigkeit herausgestellt haben, die Unterstützungsdauer zu verkürzen. Es scheint an eine Herabsetzung der Unterstützungsdauer auf je 16, nach anderer Lesart auf je 18 Wochen gedacht zu sein. Zum Ausgleich der Fehlbeträge in den Gemeindefinanzhaushalten dürfte man weiter an die Beibehaltung der Bürgersteuer denken, um die Unterstützung der Wohlfahrtsverbandslosen sicherzustellen. An weiteren Maßnahmen zur Angleichung der Sozialhaushalte dürfte an eine Kürzung der Invalidenrenten und an eine Einbeziehung familiärer Festbeträge, also auch der Beamten, in die Krisenrente gedacht sein. Eine Entscheidung ist jedoch in allen diesen Fragen noch nicht gefallen. Fest steht lediglich, daß die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung für die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge abgelehnt worden ist.

In politischen Kreisen rechnet man damit, daß das Kabinett den Haushalt Ende nächster Woche dem Reichsrat zu-leiten wird, der ihn dann voraussichtlich um den 10. Juni herum an den Reichstag weiterleiten dürfte.

#### Kabinettskrise oder Kabinettsergänzung?

Der „Deutsche“, das Organ der Gewerkschaften, umreißt die innerpolitische Lage u. a. wie folgt: „Eine Ergänzung des Kabinetts ist notwendig. Das Reichswehrministerium ist zu besetzen, desgleichen das Wirtschaftsministerium. Ob Groener tatsächlich die Leitung des Innenministeriums behalten wird, ist fraglich. Weiter ist anzunehmen, daß der Kanzler auf die Dauer das Außenministerium nicht mit-  
verwalten will. Die Minister Schille und Schlange scheinen gefährdet, wie die Haltung der Parteien zu den unerledigt gebliebenen Misstrauensanträgen erkennen ließ. Auch der Finanzminister Dietrich ist seit längerer Zeit umstritten. Es ist begreiflich, daß es sich hier um mehr als um eine Ergänzung des Kabinetts handeln würde. Es würde sich um

eine völlige Umbildung handeln. Der Kanzler könnte allein darüber nicht entscheiden. Der Wille des Reichspräsidenten müßte mitentscheiden. Es muß also zuerst die Frage geklärt werden: Ergänzung oder Umbildung des Kabinetts. Selbst bei den nationalsozialistischen Führern, die, wie Straffer, für eine Annäherung an Brüning sind, besteht keine Neigung, vor der Reparationskonferenz in Lausanne — man muß übrigens mit einer Verschiebung rechnen — die außenpolitische Verantwortung mit zu übernehmen. Nicht einmal darüber herrscht Klarheit, ob und unter welchen Bedingungen die Nationalsozialisten bereit sind, in Preußen sich mit dem Zentrum zu verständigen. Wenn also der Kanzler mit der Möglichkeit — wenn nicht Wahrscheinlichkeit — rechnen muß, daß die Nationalsozialisten eine Übernahme der Mitverantwortung ablehnen werden, so muß er an eine Ergänzung des Kabinetts denken.

### Was wird in Preußen?

Die nationalsozialistische Preußenfraktion tagt unter  
Hitlers Führung.

Die nationalsozialistische Fraktion des neuen preussischen Landtages ist am Donnerstag zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten. Adolf Hitler ging auf die aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik ein und führte dann u. a. weiter aus, die nationalsozialistische Bewegung, die heute Deutschland sei und die Zukunft der Nation in Händen halte, wisse, was sie der Geschichte schuldig sei. „Die nationalsozialistische Bewegung hat nicht 18 Jahre gekämpft, um die Politik des heutigen Deutschlands in irgendwelchen Koalitionen fortzusetzen. Sie ist sich der Verantwortung vor ihren 18 Millionen Wählern bewußt, deren Wille es ist, daß es anders wird. Der Kampf wird nicht geführt, um Ministerposten zu besetzen oder um jeden Preis in eine Regierung einzutreten. Gegenüber den guten Ratschlägen unserer parteipolitischen Gegner ist zu sagen, daß wir eine In-  
sistenz zur Prüfung unserer Regierungswürdigkeit in Deutschland außer uns selbst nicht anerkennen. Wir haben in Preußen heute die stärkste Position inne, die jemals eine Partei gehabt hat. Es gibt in Preußen keine Regierung, die wir nicht wollen. Unsere Preußenfraktion ist im Augenblick eines der stärksten Instrumente der Bewegung, es ist die Truppe mit der die Entscheidung geschlagen werden kann. Die NSDAP. wird ihre Politik nur von eiskalten Überlegungen leiten lassen. Die Hoffnung unserer Gegner, daß wir die Nerven verlieren werden, ist trügerisch!“ Hitler schloß mit einem Appell an die Fraktion zu äbster Arbeit und Pflichterfüllung.

## Tages-Spiegel

Das Reichskabinett hat sich nicht zu einer Reform der Arbeitslosenversicherung entschließen können. Es sollen lediglich die Leistungen herabgesetzt werden.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat bei dem Reichstagspräsidenten erneut die Einberufung des Reichstags zum 24. Mai beantragt.

Hitler gab der preussischen Landtagsfraktion Richtlinien für ihr Verhalten im Kampf um die preussische Regierung.

Der Völkerbundsrat hat die Danziger Wirtschaftsforderungen gegenüber Polen anerkannt.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat Einsparungen im Völkerbundshaushalt mit der Begründung abgelehnt, daß die Ausdehnung des Aufgabekreises eine Einschränkung des Haushaltes unmöglich mache.

Der neue französische Staatspräsident Lebrun empfing gestern im Elysee die Vertreter des diplomatischen Korps, die ihm die Glückwünsche ihrer Regierungen zu seiner Wahl überbrachten.

Der Württembergische Landtag wird am 24. Mai wieder zusammentreten.

Beziehungen zwischen Litauen und Deutschland nach Kräften zu arbeiten. Das Memelgebiet müsse zwischen Deutschland und Litauen die verbindende Brücke sein. Die Richtlinien seiner Arbeit werden die Wünsche der memelländischen Bevölkerung bestimmen, sofern sich diese im Rahmen der Memelautonomie bewegen.

### Plünderung von Lebensmittelgeschäften

Ul. Leipzig, 20. Mai. In Leipzig kam es wiederum zur Plünderung von Lebensmittelgeschäften. Das Vorgehen der Täter war in allen vier Fällen gleich. In einem Fall wurde der Geschäftsinhaber sogar mit der Schusswaffe zur Duldung der Plünderung gezwungen. Es wird angenommen, daß die Plünderungen von einer zentralen Stelle aus planmäßig vorbereitet worden sind. Dazu kommt, daß zwischen 11 und 12 Uhr versucht wurde, Erwerbslosensundgebungen in der stark belebten Peterstraße durchzuführen, um dadurch Polizeikräfte zu sperren. Man kann also wohl davon reden, daß in Leipzig eine Einrichtung besteht, die Unruhen und Mäuserien anstiftet, um die öffentliche Ruhe zu stören. Den Plünderern fielen große Mengen Butter und Wurst, sowie Fleisch in die Hände. In einer Unterhandlung in Leipzig-Bismarck drangen 20 junge Burschen ein, die erklärten, daß sie von der Nothilfe kämen und den Laden ausräumen müßten. Der Führer der Plünderer hatte eine Schusswaffe in der Hand, mit der er die Verkäuferin, die Hilfe holen wollte, bedrohte.

### Neue Kämpfe in der Mandschurei

Ul. London, 20. Mai. Dem „Daily Telegraph“ zufolge haben die japanischen Truppen an mehreren Fronten umfassende Operationen gegen die Chinesen aufgenommen. Die Zahl der Freischärler belaufe sich auf rund 90 000. Die Japaner geben die Zahl ihrer Truppen zwar nur mit 22 000 an, in Wirklichkeit sei sie aber doppelt so hoch.

#### Angriffe des Generals Ma bei Chharbin.

Nach einer Meldung aus Chharbin haben die Truppen des Generals Ma die japanischen Truppen bei Chharbin angegriffen. Die Japaner mußten ihre Stellung räumen. — Japanische Truppen sind auf dem Flußweg nach der Stadt Sachaljan verschifft worden. Sie sollen den Aufenthaltsort des Generals Ma besetzen. Durch das Eintreffen japanischer Truppen in Sachaljan wird sich die politische Lage im Fernen Osten weiter zuspitzen, da sich Sachaljan bekanntlich nur etwa 8 Kilometer von der sowjetrussischen Grenze gegenüber der Stadt Blagoweschtschensk befindet.

#### Japans neuer außenpolitischer Kurs.

Wie aus Tokio verlautet, werden gegenwärtig Richtlinien der neuen japanischen Außenpolitik zwischen dem kommenden Ministerpräsidenten Suzuki und den japanischen Ministern durchgearbeitet. Sie sollen sich von der Politik des bisherigen Kabinetts scharf unterscheiden. In Bezug auf die Mandschurei soll die Politik der eisernen Hand durchgeführt werden, während gegenüber Schanghai keine Aenderung eintreten soll. Was die Sowjetunion angeht, so solle keine wesentliche Aenderung eintreten, doch könnten Verwicklungen entstehen, wenn die Sowjetregierung Japan in der Mandschurei Schwierigkeiten bereiten sollte.

## Erfolgreiche Beschwerde Danzigs in Genf

Der Völkerbundsrat veranlaßt Aufhebung der polnischen Wirtschaftssperre gegen Danzig

Ul. Genf, 20. Mai. Im Völkerbundsrat gelangte am Donnerstag in öffentlicher Sitzung die Frage der Sperre des freien Wirtschaftsverkehrs Danzigs nach Polen durch die polnische Regierung zur Verhandlung. Die Stadt Danzig hat vor dem Völkerbundsrat das Unrechtmäßige des polnischen Verhaltens auf Grund der abgeschlossenen Verträge nachgewiesen. Der englische Staatssekretär im Foreign Office, Eden, legte dem Rat einen Bericht und eine Entschlebung vor, die das Ergebnis der Verhandlungen der letzten Tage mit der Danziger und polnischen Abordnung bilden. Der Bericht und die Entschlebung wurden vom Völkerbundsrat einstimmig angenommen.

Nach der Entschlebung muß jede Entscheidung des Danziger Völkerbundskommissars in der Frage der „Action directe“ ihrem Geist und Buchstaben nach sofort durchgeführt werden. Der Danziger Völkerbundskommissar wird beauftragt, unter Hinzuziehung von Sachverständigen in kürzester Frist eine endgültige Entscheidung über die Regelung des Handelsverkehrs zwischen Danzig und Polen zu erstreben. Polen zieht seine Beschwerde gegen die erste für Danzig günstige Entscheidung des Danziger Völkerbundskommissars über den Danziger Handelsverkehr nach Polen zurück bis zu der Entscheidung des Danziger Völkerbundskommissars und verpflichtet sich, das bereits in Kraft gesetzte polnische Finanzstrafgesetz, das den Danziger Handelsverkehr nach Polen völlig lahmlegt, nicht mehr anzuwenden.

Der Danziger Senatspräsident Ziehm erklärte, die Maßnahmen Polens bildeten geradezu einen akuten Wirt-

schaftskrieg Polens gegen die Danziger Waren. Es sei daher von besonderer Bedeutung, daß der Rat die große Wichtigkeit feststelle, so schnell wie möglich eine materielle Regelung erfolgen zu lassen. Der deutsche Vertreter, Graf Welczek, gab eine Erklärung ab, in der er unter anderem betonte, die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Polen und Danzig erfülle die deutsche Regierung mit besonders ernster Sorge. Der polnische Außenminister Galeski erklärte, daß die polnische Regierung bisher stets vermieden habe, in den Danziger Fragen eine Atmosphäre fortgesetzter Streitigkeiten herbeizuführen (?). Graf Cravina betonte als seine Pflicht, den Völkerbundsrat auf die ernststen Folgen der bedrohlichen Spannung zwischen Polen und Danzig für das Danziger Wirtschaftsleben aufmerksam zu machen. Der englische Staatssekretär Eden sprach sodann im Namen des Völkerbundsrats dem Danziger Völkerbundskommissar seine hohe Anerkennung für seine bisherige und — wie er ausdrücklich betonte — auch für seine kommende Tätigkeit aus.

### Neuer Kurs in Memel

Ul. Kovno, 20. Mai. Die Ernennung des Londoner Generalkonsuls Gylis zum Gouverneur des Memelgebiets wird nunmehr auch amtlich bestätigt. Gylis wird heute die Amtsgeschäfte übernehmen.

Der neue Gouverneur gab vor seiner Abreise nach Memel Pressevertretern gegenüber Erklärungen ab, die von dem Wunsch zu positiver Mitarbeit zeugen. Er sagte, es werde seine Aufgabe sein, im Einvernehmen mit der Zentralregierung an der Wiederherstellung ungetrübt Be-

# Das Programm der Ueberbrückung

Wieder einmal trat der Reichstag zu kurzer Sitzungsbauer zusammen. Man braucht nicht als bissig zu erscheinen, wenn man heute behauptet: Kaum ist dieses Wort ausgesprochen, dann kauft das Parlament schon wieder auseinander! Aber Reichstagsstagnationen sind tatsächlich nur noch eine Formsache. Der Reichstag darf nur deshalb sein Dasein fristen, weil eine höchst verwickelte, vor seiner Krampfhaftigkeit zurückweichende staatsrechtliche Auslegungskunst immer wieder neue Möglichkeiten der Streckung dehnbarer Paragraphen der Weimarer Verfassung findet, um ihn aus der Gesetzgebung auszuschalten und ihm dennoch nicht gleich den Kopf vor die Füße zu legen. Dehnbar sind jene Verfassungsparagraphen und erst recht ihre Auslegungsbestimmungen durch die Geschäftsordnung des Parlamentes selbst nur deswegen, weil sich die Väter dieser Verfassung in Weimar einfach nicht vorstellen konnten, daß eine derartig abwegige Umkrempelung ihrer wirklichen Absichten in dem von der Weimarer Koalition souverän beherrschten neuen Staat einmal möglich werden sollte.

Die Weimarer wollten dennoch einen Reichspräsidenten der gänzlichen politischen Machtlosigkeit und gestalteten die einschlägigen Bestimmungen lediglich aus Rücksicht auf den deswegen schwer verärgerten, damals erst vorläufigen Reichspräsidenten Fritz Ebert der Form nach so, daß die beabsichtigte Verurteilung des Staatsoberhauptes zu einem Schattendasein nicht allzu augenfällig wurde. Aber gerade die Form entwickelte sich unter dem Druck der Arbeitsunfähigkeit des Reichstags zu der Sache, und nicht der Reichspräsident, sondern das Parlament steht heute im Schatten. Ganz ähnlich schlang sich der Kanzler von einem Diener des Parlamentes zu seinem Herrn — und zwar einem recht ungnädigen — auf, wobei das Parlament selbst ihm die Hilfestellung zu leisten hatte. Der Reichstag entkräftete sich dabei so vollkommen, daß ihm selbst seine eigentliche Berufsaufgabe, die Beratung des Haushalts, schon entzogen wird. Er schuf sich eine Geschäftsordnungsbestimmung, nach der Finanzgesetze ohne erste Befugnis gleich an den Haushaltsauschuß überwiesen werden können. Und diese Möglichkeit soll sogar auf den Haushalt angewandt werden, der dadurch zu einer einfachen finanzpolitischen Vorlage degradiert wird. Das Parlament schützt also vor, für seine Lebensaufgabe keine Zeit mehr zu haben.

Es kann nicht nachdrücklich genug hervorgehoben werden, daß diese Schwäche des Parlamentes, seine tatsächliche Ohnmacht, nicht erst ein Ergebnis der jüngsten „schweren Zeit“ ist. Man beginge beispielsweise einen Irrtum mit der Unterstellung, daß etwa der Umschwung der Wählerstimmung zugunsten der jetzt stärksten Partei des Landes dafür antriebigend gewesen sei. Die Arbeitsunfähigkeit des Reichstages führte schon im Oktober 1923 zu dem Ermächtigungsgesetz für das zweite Kabinett Stresemann, weil das Parlament sich weder für die innere noch für die außenpolitische Führung als irgendwie befähigt erwies. Der durch Austritt der Sozialdemokraten zum Kumpfkabinett gewordenen Regierung Stresemann folgte dann das erste Kabinett Marx, das sofort wieder mit einem Ermächtigungsgesetz ausgerüstet wurde. Der Gedankengang zur begründenden Kanzlerrede im Dezember 1923 lautete: Jetzt ist die Stunde der größten Opfer gekommen, wenn Volk und Reich nicht hoffnungslos vom Strudel der Vernichtung erfaßt werden sollen. Es handelt sich nicht mehr um Monate und Wochen, sondern nur noch um Tage, in denen es sich zeigen muß, ob es uns gelingt, uns vor dem drohenden Verfall noch im letzten Augenblick zu retten. Und dann kam eine Dezembernotverordnung durchaus der gleichen Art wie die vom 6. Dezember 1931. Die erste Steuernotverordnung auf Grund des Paragraphen 48 der Reichsverfassung trug das Datum vom 7. Dezember 1923!

Bei dieser erschreckenden Neulichkeit der Zeitläufte gab es zwischen damals und heute aber einen gewaltigen, ausschlaggebenden Unterschied: Heute dienen die Notverordnungen zur Ueberbrückung der Zeit zwischen den ständig wachsenden Nöten des Tages und Lausanne, das im letzten Oktober eine Januarhoffnung war, die man bei Erlass der Dezembernotverordnung „nur um ein paar Tage“ auf Mitte Februar — dann aber sicher! — vertagte, und das jetzt am 16. Juni erwartet wird. Das Hinstrifen unseres schwer niedergebrogene Staats- und Wirtschaftslebens bis zu diesem Tage ist zum entscheidenden, ja zum einzigen Programmpunkt der gegenwärtigen Reichsregierung geworden. Damals leitete man ebenfalls außenpolitische Ereignisse von größter Tragweite ein, wie den in jener Zeit als „Rettung“ betrachteten Dawesvertrag. Aber die Notverordnungen und die Gesetzgebung der Ermächtigungskabinette dienten nicht nur der Ueberbrückung einer Berberzeit, sondern der unverzüglichen Wiederaufrichtung eines deutschen Eigenlebens, wobei es für das Schicksal des deutschen Volkes gleichgültig ist, in welchem Grade jene Regierungen unter dem Druck starker Persönlichkeiten der damaligen Opposition wie Helfferich oder im eigenen Lager wie des damaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht handelten.

Unter dem zweiten Stresemannkabinett entstand am 16. Oktober durch Ermächtigungsgesetz die Deutsche Rentenbank und die Rentenmark, deren Ausgabe durch die inzwischen zum Kumpfkabinett gewordene Regierung am 15. November tatsächlich begann. Am nächsten Tage erfolgte die Stilllegung der Notenpresse, am 20. die Stabilisierung der Währung. Die Notverordnungen jagten einander. Am 31. Januar kam die über die finanzielle Selbständigmachung der Reichsbahn und der Reichspost; am 14. Februar 1924 die besonders einschneidende über die Aufwertungsfrage. Programm war nicht Ueberbrückung, sondern Aufbau. Am 22. Februar ereignete sich, nachdem die deutsche Außenpolitik am 24. Januar durch die Berufung des ersten Kabinetts MacDonald in England eine Erleichterung trotz aller schwebenden und ausbrechenden Separatistenputsche und der Rückkehr der Militärkontrollkommission zu bekommen schien, der bis dahin einzig dastehende Fall einer Anklage gegen Stresemann im Reichstage gegen Poincarés Sabotage der Verständigung.

Die gegenwärtige Reichsregierung klammert sich an ihren Programmpunkt der Ueberbrückung auch auf außenpolitischem Gebiet. Das muß von jedem parteipolitischen Standpunkt aus als eine Gefahr empfunden werden. Wir stehen vor der Frage, ob wir die Karte von Lausanne nicht zu hoch belasteten. Nach der Dezembernotverordnung durften wir uns für eine große Verhandlung internationaler und entscheidender Art unter anderem auch durch einen gesicherten Haushalt tatsächlich als gerüstet und schlagbereit betrachten. Aber nur für die Monate Januar und Februar. Alles, was wir an positiven Leistungen seitdem auf uns nahmen, wie unter anderem die ungeheuer kostspielige Sanierung der Banken, schwebt in der Luft. Die Banken leiten die aus der Wirtschaft entnommene Stärkung nicht an diese zurück. Es gibt nicht einmal ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für den Fall, daß Lausanne ein Erfolg wird. Völlige Unklarheit herrscht nach innen und außen darüber, was Deutschland beginnt, wenn sein Programm wirklich schlecht begründeter Hoffnungen auf Lausanne scheitert. Hier liegen Dringlichkeitsaufgaben für die Reichsregierung, die voll und ganz gelöst werden müssen, und zwar vor der Lausanner Konferenz. Wer sie energisch und richtig anpackt, bindet die beste und wertvollste Kraft des deutschen Volkes an sich, das auf jeden Fall leben und vorankommen will.

## Fortgang der Ausschusarbeiten im Reichstag

Ausreichender Beratungskstoff für die nächsten Vollsitzungen.

Mit dem Aufstiegen der letzten Reichstagsitzung mitten in den Abstimnungen ist ein ganzer Berg von Gesetzentwürfen und Anträgen aller Art liegen geblieben. Zum großen Teil hatten die Ausschüsse des Reichstags dieses Material in vielen Sitzungen vorbereitet. Obwohl also schon Beratungskstoff genug für den Reichstag selbst vorliegt, schicken sich die Ausschüsse schon wieder an, neue Vorlagen zu beraten, um auch sie dann an den Reichstag weiterzuleiten. Am 23. Mai beginnt ein längerer Tagungsabschnitt des Haushaltsauschusses, der zahlreiche Anträge auf Aenderung verschiedener Notverordnungen und Berichte seines Unterausschusses beraten will. Der Ausschuß hofft, diesen Arbeitsstoff bewältigen zu können, bevor ihm der Reichshaushalt für 1932 — voraussichtlich unter Uebergehung des Reichstags selbst — zur Vorberatung überwiesen wird. Der Steuer- auschuß will vom 24. Mai ab gleichfalls mehrere Sitzungen abhalten, in denen Anträge zur Lohnsteuer, zur Kapitalflucht und zur Steuerhinterziehung zur Erörterung gelangen sollen. Am gleichen Tage tritt dann auch der auswärtige Ausschuß zusammen, der bekanntlich am Tage der letzten Reichstagsitzung überhaupt nicht beschlußfähig war. Reichsaussenminister Brüning wird wahrscheinlich selbst Gelegenheit nehmen können, dem Ausschuß vertraulich die schon seit langem erbetenen Mitteilungen über die brennendsten außenpolitischen Fragen zu machen. Im Handelspolitischen Ausschuß, der für den 25. d. M. einberufen ist, wird eine Aussprache über die gesamte Handelspolitik Deutschlands stattfinden. Sehr bedeutungsvoll werden ferner angesichts der ungünstigen Lage der einzelnen Sozialversicherungs- zweige die Auskünfte sein, die die Reichsregierung im Ausschuß für soziale Angelegenheiten am 27. Mai über die Lage der Sozialversicherung geben will. Weiter ist für den 6. Juni der Verkehrsausschuß des Reichstags einberufen worden.

## Die Nationalsozialisten in den Reichstagsausschüssen.

Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion wird sich von nun an an den Arbeiten aller Reichstagsausschüsse beteiligen. Sie hat zu diesem Zweck ihre Vertreter für die gegenwärtig bestehenden 24 ständigen Reichstagsausschüsse benannt. Im Aeltestenrat ist sie durch die Abgeordneten Dr. Frick, Göring, Straßer und Dr. Fabricius vertreten, im Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung durch die Abgeordneten Dreher, Dr. Goeßels, Kaufmann-Elberfeld, Dr. Ley und Straßer, im Auswärtigen Ausschuß durch die Abgeordneten Dr. Frick, Ritter von Epp, Hierl, Graf zu Reventlow, Rosenbergs und Wagner, im Haushalts- auschuß durch die Abgeordneten Dr. Albrecht-Thüringen, Dr. Frick, Linder, Reinhardt, Schulmann-Potsdam, von Engel und Volkersdorfer.

## Evangelisch-Sozialer Kongreß

In Karlsruhe trat in Anwesenheit von Vertretern der badischen Ministerien, der Oberkirchenbehörde und der Stadtverwaltung der aus dem ganzen Reich außerordentlich gut besetzte Evangelisch-Sozialer Kongreß zusammen. Für den erkrankten Vorsitzenden, Reichsgerichtspräsident i. R. Dr. Simons, eröffnete der stellvertretende Vorsitzende, Universitätsprofessor Geheimrat D. Titius-Berlin, die Verhandlungen mit einer Rede, in der er die soziale Tätigkeit als einen wichtigen Bestandteil der kirchlichen Aufgaben bezeichnete. Im Hinblick auf die Zeitverhältnisse führte der Redner aus: Wir haben jetzt eine neue Art Sozialismus; er will vaterländisch sein und denken. Wir haben eine Jugend, die anfänglich spartanisch zu denken. Diese Jugend geben wir nicht verloren, sie muß aber an die Randare genommen werden. Das Soziale wird sich nicht vom Politischen trennen. Was not tut, ist der Gemein Sinn. Der Gedanke, daß die Entlastung Deutschlands von den Reparationen eintreten muß, hat weithin in der christlichen Welt Boden gewonnen.

Ueber die Aufgaben der evangelischen Kirche im politischen und wirtschaftlichen Leben der Gegenwart sprachen Sozialpfarrer Dr. Cordes-Wehrstedt und Oberschulrat Schlemmer-Berlin. — In einer Sonderkonferenz schilderte der Direktor der badischen Handelskammer, Dr. v. Engelberg, die Lage des bäuerlichen Nachwuchses, während sich zu gleicher Zeit die Studenten zu einer Aussprache versammelten.

## Die Hochwasserverheerungen an der Untermosel

Von einem verheerenden Unwetter wurden große Teile von Westdeutschland betroffen, insbesondere das Gebiet der unteren Mosel. Wolkenbrüche mit Hagelschlag ließen in einigen Ortschaften das Wasser in den Straßen bis zu einem Meter ansteigen. Besonders schwer wurde Gils an der Mosel heimgesucht. Eine Sturzflut ergoß sich über das Dorf, füllte Keller und tieferliegende Wohnungen und riß alles mit sich, was im Wege stand. Zwei Häuser stürzten ein, die Einwohner, die sich nicht rechtzeitig retten konnten, unter sich begrabend. Insgesamt hat das Unglück 6 Todesopfer und zahlreiche Verletzte gefordert.



Unser Bild zeigt oben die tosende Flut in den Straßen von Gils, unten die Trümmer der niedergebrogene Häuser.



## Politische Kurzmeldungen

Bei der Reichsbank haben sich in der letzten Berichtswoche die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen um 6,3 Millionen auf 990,7 Millionen Mark erhöht. Die Deckung der umlaufenden Noten ist demnach von 24,7 Prozent in der Vorwoche auf 25,3 v. H. angestiegen. — Die wegene gemeinschaftlicher einfacher Körperverletzung an dem Abgeordneten Wels und dem Kölner Polizeipräsidenten Baufnecht zu Gefängnisstrafen verurteilten nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Ley und Kraftfahrer Fuchs haben gegen das Urteil Berufung eingelegt. Dr. Ley hat auch seinen Rechtsvertreter beauftragt, gegen den Kölner Polizeipräsidenten Anzeige wegen Meineids zu erstatten. — Die südlawische Gesandtschaft in Berlin hat den Auftrag erhalten, in der Reparationsfrage Sonderverhandlungen mit der Reichsregierung aufzunehmen. Man vermutet, daß Südlawien durch sein Sondervergehen einen Druck auf Frankreich ausüben will. — In London ist Dr. Karl Emil Marfels gestorben. Dr. Marfels hat sich während des Krieges als naturalisierter englischer Untertan seiner deutschen Landsleute, vor allem der internierten Zivil- und Kriegsgefangenen, unter Aufopferung großer persönlicher Mittel angenommen. — Bei Aufräumarbeiten in der Nähe von Amiens wurden die Leichen von 114 französischen und 186 deutschen Kriegsteilnehmern entdeckt. Davon konnten 68 Deutsche und 48 Franzosen identifiziert werden. — In Gegenwart von Vertretern englischer, französischer, italienischer, belgischer und aller deutschen Veteranenorganisationen wurde am Ehrenaltar für die Toten des Weltkrieges in der St. Pauls-Episkopalkirche in Hoboken gestern die deutsche Flagge neben den Fahnen der alliierten Mächte angebracht. — Die sowjetrussische Regierung hat auf der Abrüstungskonferenz einen Antrag eingebracht, nach dem sich die Regierungen verpflichten sollen, der Konferenz Mitteilungen über die in den Rüstungsindustrien der einzelnen Länder angelegten Privatkapitalien zu machen. — Die englische Regierung plant eine einschneidende Reform der Arbeitslosenversicherung. — In Amerika hat die Regierung erneut 200 000 Dollar für die Abfederung mißliebiger Ausländer zur Verfügung gestellt. Mit den ersten 200 000 Dollar wurden 16 553 Ausländer aus dem Lande geschafft.



